



**23. September 2016**

**CDU**

## **62. Parlaments – Postille**



**Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde,**

- CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus klargestellt, dass die CDU alles tut, um eine Situation wie im vergangenen Jahr mit der teilweise unkontrollierten Einreise von zahlreichen Flüchtlingen künftig zu vermeiden. Dafür hat die Koalition schon eine Menge auf den Weg gebracht und sowohl auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene wurde viel erreicht, was zu einer spürbaren Reduzierung der Zahlen geführt hat:
- Wir haben das deutsche Asylrecht erheblich verschärft. Asylverfahren wurden beschleunigt, Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt.
  - Wir haben den Familiennachzug für bestimmte Gruppen und Abschiebehindernisse aus gesundheitlichen Gründen eingeschränkt; es gibt inzwischen Aufnahmezentren zur Verfahrensbeschleunigung für Migranten ohne Bleibeperspektive.
  - Die Verfahrensabläufe beim Bundesamt für Migration und Flüchtlingen wurden verbessert und beschleunigt.
  - Wir haben die Zahl der sicheren Herkunftstaaten ausgeweitet. Die Einstufung der Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftstaaten führte zu einem deutlichen Rückgang der von dort kommenden Flüchtlingszahlen.

- Das Ausländerrecht wurde verschärft, Hürden für die Abschiebung wurden gesenkt.
- Mit einem Integrationsgesetz setzen wir auf Fördern und Fordern. Es gibt mehr Integrationskurse. Den Städten und Kommunen helfen wir mit der Möglichkeit von Wohnsitzzuweisung, um Probleme in Ballungszentren zu vermeiden. Bisher haben allerdings nur Bayern und Baden-Württemberg davon Gebrauch gemacht.
- Die illegale Migration über die Türkei konnte vor allem dank des EU-Türkei-Abkommens weitgehend gestoppt werden.
- Wir schützen heute die EU-Außengrenzen besser als noch vor einem Jahr. Ein NATO-Marineverband unter deutscher Führung beobachtet die Bewegungen von Schleusern in der Ägäis; die Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer richtigen europäischen Grenz- und Küstenwache ausgebaut werden.
- Deutschland gibt 2,3 Milliarden Euro, um syrischen Flüchtlingen vor Ort zu helfen und eine Perspektive zu geben.

SPD und Grüne dürfen wir nicht aus der Verantwortung lassen. Es ist unverständlich, dass SPD und Grüne im Bundesrat die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftstaaten um Marokko, Algerien und Tunesien nach wie vor verhindern.

Ihre

Ingrid Pahlmann MdB

## Einigung zur Erbschaftssteuerreform

Bei der Sitzung des Vermittlungsausschusses in der Nacht zum Donnerstag konnte ein Durchbruch in den Verhandlungen um die Erbschaftssteuerreform erzielt werden. Unternehmen werden auch künftig nicht durch die Erbschaftsteuer in ihrem Bestand gefährdet. Nur so können die Betriebe Arbeitsplätze sichern. Diese Einigung bringt den Unternehmen vor allem auch Rechtssicherheit. Die flächendeckenden Steuererhöhungen, für die Linke und Grüne sorgen wollten, konnten wir abwenden. Es wäre sehr kurzsichtig gewesen, für mehr Steueraufkommen an die Substanz der Betriebe zu gehen.

Die Handschrift der Union in den entscheidenden Punkten deutlich erkennbar. So mildern wir etwa die zu hohe Bewertung von Unternehmen deutlich ab und passen die steuerlichen Unternehmenswerte an die Realität an. Momentan wird der durchschnittliche Gewinn aus drei Jahren genommen und mit einem Faktor von rund 18 multipliziert. Ein solch hoher Faktor lässt sich bei Unternehmensveräußerungen in der Praxis gar nicht erzielen. Mit dem gestrigen Vermittlungsausschuss konnten wir den Faktor wenigstens auf 13,75 absenken. Auch werden im Erbschaftsteuerrecht nun erstmals die Zwänge, denen die Gesellschafter zum Beispiel bei der Gewinnentnahme vertraglich unterworfen sind, mit einem Abschlag berücksichtigt. Für Erwerber von Betriebsvermögen bis zu einem Wert von 26 Millionen Euro bleiben die bisherigen Begünstigungen: Es kann zwischen einer Vollverschonung zu 100 Prozent und einer teilweisen Verschonung zu 85 Prozent gewählt werden – je nachdem, wie stark der Erwerber sich bei Betriebsfortführung und Arbeitsplatzertz halt binden möchte. Bei Erwerben, die oberhalb von 26 Millionen Euro liegen, bleibt die „Abschmelzkurve“ unverändert. Kompromisse musste die Union lediglich beim Absenken des Kapitalisierungsfaktors und dem Themenkomplex der zusätzlichen Stundung im Todesfall machen.

## Unionskongress zu starken ländlichen Regionen

47 Millionen Menschen in Deutschland leben auf dem Land. Hier wird ein Großteil des Wohlstands unseres Landes erwirtschaftet. Aber es gibt auch Probleme: Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsplätze und Gesundheitsversorgung sind in bestimmten Regionen schwer erreichbar. Die Unionsfraktion diskutierte gemeinsam mit Experten aus Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft über Perspektiven für das künftige Leben auf dem Land.



Fraktionsvorsitzender Volker Kauder und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt

Die Union setzt sich dafür ein, dass Menschen auch künftig überall annähernd die gleichen Lebensbedingungen vorfinden. Dem schnellen Internet messen wir dabei eine entscheidende Bedeutung bei. Ohne Anschluss an moderne Datenautobahnen wird es weder gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern, noch kann man jüngere Menschen halten, geschweige denn für den Zuzug in ländliche Regionen gewinnen.

In der ländlichen Entwicklungspolitik müssen die Zuständigkeiten eindeutiger geregelt werden. Die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) als zentrales Förderelement in ländlichen Räumen ist ein Meilenstein, bedarf aber noch weiterer Anstrengungen.

## Der Bundesverkehrswegeplan 2030 – starkes Signal für die Infrastruktur

Ohne eine funktionstüchtige und gut ausgebaute Infrastruktur, ohne Straßen, Schienen- und Wasserwege, die ein hohes Verkehrsaufkommen bewältigen können, leidet der Produktionsstandort Deutschland. Als Land in der Mitte Europas kommt Deutschland darüber hinaus eine große Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr zu. Lieferketten zwischen Zulieferern und Hauptwerken müssen gut abgestimmt sein und die Transporte reibungslos funktionieren. Viele Menschen in Deutschland sind auf gute Verkehrswege angewiesen, wenn sie zur Arbeit pendeln.

Die unionsgeführte Bundesregierung legt mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan das stärkste Programm für die Infrastruktur vor, das es je gab. Er sieht Mittel in Höhe von 269,6 Milliarden Euro für Erhalt, Sanierung, Aus- und

Neubau vor. 1.000 Baumaßnahmen werden konkret benannt. Dies ist ein klares Zeichen für den Standort Deutschland. Der neue Bundesverkehrswegeplan setzt Schwerpunkte auf die Modernisierung der wichtigen Verkehrsachsen in Deutschland, in die etwa 70 Prozent der Mittel fließen. Aber auch für den Ausbau wichtiger Verbindungen und die Entlastung von Kommunen durch Umgehungsstraßen sind ausreichende Mittel eingeplant. Besonders berücksichtigt wird, dass viele Unternehmen in unserem Land auch in ländlichen Regionen beheimatet sind und von einer guten Verkehrsanbindung abhängen.

### Steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr

Im Bereich der Einkommen- und Kraftfahrzeugsteuer wurden Erleichterungen beschlossen, die das Maßnahmenbündel der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität ergänzen. Vom Arbeitgeber gewährte Vorteile für das elektrische Aufladen eines privaten Elektro- oder Hybridfahrzeugs des Arbeitnehmers im Betrieb sowie die genehmigte private Nutzung betrieblicher Fahrzeuge oder Ladevorrichtungen werden von der Steuer befreit, während der Arbeitgeber diese pauschal mit 25 Prozent Lohnsteuer versteuern kann. Die Maßnahmen sind von Anfang 2017 bis Ende 2020 befristet. Die bisherige Steuerbefreiung bei der Kraftfahrzeugsteuer für Elektrofahrzeuge verlängern wir rückwirkend zum 1. Januar 2016 von fünf auf zehn Jahre und weiten diese auf genehmigte Umrüstungen zu reinen Elektrofahrzeugen aus.

### Daten und Fakten

**Lohnspreizung aufgehalten.** Der Verdienstabstand zwischen Gering- und Besserverdienern ist zwischen 2010 und 2014 nahezu konstant geblieben. Bekamen Spitzenverdiener im Jahr 2010 noch den 3,45-fachen Bruttostundenlohn einer Person mit niedrigem Einkommen, ist dieses Verhältnis im Jahr 2014 leicht auf 3,41 gesunken. Gleichzeitig stiegen in allen Einkommensklassen die absoluten Bruttostundenlöhne – der mittlere Stundenlohn lag 2014 bei 16,65 Euro. Besonders deutlich ist der Rückgang der Lohnspreizung im Osten Deutschlands. Der Abstand zwischen Gering- und Besserverdienern sank hier im Vergleichszeitraum von 3,45 auf 3,16. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch beim Anteil der Beschäftigten mit Niedrig- und Hochlohn. Während der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn – Erwerbstätige mit weniger als zwei Drittel des mittleren Verdienstes – seit 2010 nicht weiter gewachsen ist und im Jahr 2014 unverändert bei 20,6 % lag, ist der Anteil von Beschäftigungsverhältnissen mit Hochlohn –

mit mehr als dem Anderthalbfachen des mittleren Verdienstes – im selben Zeitraum um 0,9 Prozentpunkte auf 19% gestiegen. Auswirkungen des zum 1.1.2015 eingeführten gesetzlichen Mindestlohns können an den Ergebnissen nicht abgelesen werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

### Kommunalwahlen in Niedersachsen

Ich freue mich sehr über die Wahl in den Stadtrat **Gifhorn**! Herzlichen Dank allen Wählerinnen und Wählern und den vielen Unterstützern. Jetzt gilt es einen Weg zu finden, eine weiterhin gute Arbeit im Stadtrat zu gewährleisten.

In **Peine** wird es Zeit für einen frischen Wind. Daher bitte ich alle Peinerinnen und Peiner, am Sonntag Andreas Meier zum neuen Bürgermeister der Stadt Peine zu wählen. Ich habe ihn als engagierten Menschen mit vielen Ideen für seine Heimatstadt kennengelernt. Er ist offen für Neues und die Anregungen anderer. Das zeigt sich auch in seiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung. 15 Jahre Ortsbürgermeister-schaft sprechen für sich. Menschen, die Andreas ihr Vertrauen geschenkt haben, wurden nicht enttäuscht. Das wird auch für den Bürgermeister Andreas Meier gelten!

### Kontakt

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: (030) 22772341  
Fax: (030) 22776067

#### Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Tel: (05371) 728035  
Fax: (05371) 728036

#### Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine  
Tel: (05171) 7902225  
Fax: (05171) 7902226



**CDU**